

HINTERGRUND

Mit dem [Pariser Klimaabkommen](#) von 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die Vertragsstaaten einigten sich zu diesem Zweck auf die Ausarbeitung nationaler Klimabeiträge (*National Determined Contributions – NDC*) in Form von konkreten nationalen Reduktionszielen für Treibhausgase (THG) für 2030. Für die Zeit bis 2050 sind die Vertragsstaaten aufgefordert, Klima-Langfriststrategien (LFS) auszuarbeiten. Sowohl die nationalen Reduktionsziele für 2030 als auch die Langfriststrategien müssen bis 2020 beim Sekretariat der [UN-Klimarahmenkonvention](#) (UNFCCC) eingereicht werden. Für die EU ist die Erarbeitung einer Langfristperspektive im Klimaschutz kein neues Vorhaben. Schon 2011 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050](#). Diese sogenannte „Roadmap 2050“ sah für die EU, entsprechend einer Empfehlung des [Intergovernmental Panel on Climate Change \(IPCC\)](#), eine Reduktion der THG-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 vor. Zwar wurde die Strategie auf Grund des Widerstands von Polen nie offiziell von den EU-Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Europäische Zielmarken und Gesetzesinitiativen der folgenden Jahre orientierten sich jedoch grundsätzlich am 80-Prozent-Ziel. Die Ziele des Pariser Abkommens, neue wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem [IPCC-Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel](#) und veränderte Prognosen für CO₂-Emissionen, BIP-Wachstum und Potenziale für den Ausbau erneuerbarer Energien machen eine Überarbeitung des 2050-Klimaziels und der entsprechenden EU-Klimaschutzplanung notwendig.

AKTUELLER STAND & INHALTE

Im November 2018 hat die EU-Kommission ihren Entwurf für eine neue Klima-Langfriststrategie in Form einer [Mitteilung](#) und eines begleitenden [Arbeitspapiers](#) der Kommissionsdienststellen vorgelegt. Diese Strategie setzt den Fokus auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Das heißt, dass sie der EU empfiehlt, ihre Nettoemissionen (Reduktionen und Kohlenstoffsinken) bis 2050 auf null zu reduzieren. Die wichtigste Botschaft der Strategie ist, dass Klimaneutralität bis 2050 nicht nur notwendig zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels, sondern auch technologisch machbar, kosteneffizient (EU-BIP bis 2050: +2 Prozent) und sozialgerecht umsetzbar ist. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass die EU ihre THG bei Fortführung bestehender Maßnahmen bis 2030 lediglich um 45 Prozent und bis 2050 um 60 Prozent (zu 1990) reduzieren wird. Um Optionen für eine substanziellere THG-Reduktion in der EU aufzuzeigen, stellt die EU-Kommission in ihrer Strategie acht Szenarien mit unterschiedlichen Technologiepfaden vor. Die ersten sechs Szenarien sind auf das Ziel ausgerichtet, die Erd-erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, Szenario 7 und 8 auf die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Abkommens.

Szenario 1: Schwerpunkt auf Ausbau der Energieeffizienz,
Szenario 2: Schwerpunkt auf Ausbau von erneuerbaren Energien,
Szenario 3: Schwerpunkt auf Ausbau von Wasserstofftechnologien,
Szenario 4: Schwerpunkt auf Ausbau synthetischer Kraftstoffe,
Szenario 5: Schwerpunkt auf Ausbau der Kreislaufwirtschaft,

80 % THG-Reduktion,
85 % mit Kohlenstoffsinken

Szenario 6: Kombination Ausbau aller fünf Technologien

Szenario 7: Szenario 6 + Ausbau Technologien zur Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und Speicherung ((BE)CCS) +

Ausbau natürlicher Kohlenstoffsinken wie Böden und Wälder
Szenario 8: Szenario 6 +Ausbau Kreislaufwirtschaft und Konsumverhalten + Ausbau natürlicher Kohlenstoffsinken.

90 % THG-Reduktion mit Kohlenstoffsinken

100 % THG-Reduktion mit Kohlenstoffsinken

Im Detail schlägt die EU-Kommission für die oben genannten Technologien folgende Pfade vor:

1. Ausbau von Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudesektor: Energieeinsparungen +50 Prozent bis 2050,
2. Maximaler Ausbau erneuerbarer Energien und Elektrifizierung zur Dekarbonisierung des Energiesystems: Anteil erneuerbarer Energien am Strommix je nach Szenario 81 bis 85 Prozent, Atomenergie 12 bis 15 Prozent,
3. Schaffung eines sauberen, sicheren und vernetzten Verkehrssystems: Elektrifizierung, alternative Treibstoffe, Wasserstofftechnologien und intelligente Verkehrssteuerung,
4. Wettbewerbsfähige Industrie und Kreislaufwirtschaft: Entwicklung von Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft, CCS- und Wasserstofftechnologien sowie Materialforschung
5. Entwicklung intelligenter Infrastrukturen und optimaler Vernetzung: Alle Sektoren
6. Nutzung der Vorteile einer Bioökonomie und Ausbau von natürlichen Kohlenstoffspeichern (Senken): Nachfrage für Biomasse je nach Szenario bis +80 Prozent in 2050, Kombination unterschiedlicher Quellen notwendig,
7. Ausgleich von verbleibenden Emissionen durch (BE)CCS-Technologien.

Konkrete Politikinstrumente zur Umsetzung dieser Technologiepfade nennt die Strategie nicht. Sie geht jedoch auf die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Transformation ein. So müssten jährlich 0,8 Prozent des europäischen BIP, also zwischen 175 und 290 Milliarden Euro, an zusätzlichen Investitionen in das Energiesystem und Infrastrukturen fließen und die EU-Förderprogramme zu Forschung und Entwicklung ausgebaut werden. Einen weiteren Schwerpunkt sieht die EU-Kommission bei der Umsetzung proaktiver Sozialpolitik und der Sicherstellung einer inklusiven Transformation, zum Beispiel durch die Einbeziehung der EU-Bürger*innen. Ferner nennt sie das Mainstreaming der Klimaziele in politischen Verhandlungen und die Instrumentalisierung der EU-Außenpolitik zur Durchsetzung von Klimaschutz.

Die Kommission lädt in ihrer Strategie alle EU-Institutionen dazu ein, über das Dokument zu beraten. Ab Februar 2019 soll die Strategie in unterschiedlichen Ratsformationen der EU diskutiert werden. Zeitgleich geht EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete auf Europa-Tour, um die Strategie den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten vorzustellen. Über ein neues Klimaziel für 2050 entscheiden vermutlich die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat. Über das Strategie-Dokument muss der EU-Umweltrat in Einstimmigkeit entscheiden. Ob der Entwurf in seiner aktuellen Form beim UN-Klimasekretariat eingereicht werden kann, ist unwahrscheinlich. Vermutlich müsste eine solche Strategie stärker auf konkrete Politiken und Maßnahmen eingehen.

PROZESS & DOKUMENTE

15.03.2018

EU-Staats- und Regierungschefs fordern die EU-Kommission auf, eine Klima-Langfriststrategie auszuarbeiten

28.11.2018

EU-Kommission legt Entwurf für EU-Klima-Langfriststrategie vor

29.01.2019

Debatte im Umweltausschuss des EU-Parlaments

NÄCHSTE SCHRITTE

18.-19.02.2019

Debatte im Wettbewerbsrat

28.02.2019

Deutschlandbesuch von Klimakommissar Cañete

04.-05.03.2019

Debatte im Energierat und im Umweltrat

11.-13.03.2019

Voraussichtliche Plenarabstimmung zur Entschließung des EU-Parlaments zur EU Langfriststrategie

15.-16.04.2019

Debatte im Landwirtschaftsrat

09.05.2019

Mögliche Diskussion der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat

20.06.2019

Möglicher Beschluss im Europäischen Rat

26.06.2019 oder Herbst 2019

Abstimmung über Klima-Langfriststrategie im Umweltrat

ZENTRALE STREITFRAGEN

Emissionen im Zieljahr vs. CO₂-Budget

Die neue Strategie richtet ihre Handlungsempfehlungen an der angestrebten relativen Emissionsreduktion (80 Prozent, 90 Prozent, Klimaneutralität) im Zieljahr 2050 aus. Ein solcher Ansatz ist eine Möglichkeit, um Entwicklungspfade im Klimaschutz aufzuzeigen. Jedoch bieten die Klimawissenschaften auch Alternativen. Beispielsweise berechnet der Weltklimarat sogenannte Emissionsbudgets, das heißt die Summe an kumulativen Emissionen, die weltweit bis 2100 verursacht werden dürfen, um die Ziele des [Pariser Klimaabkommens](#) einzuhalten. Auf diese Weise können geplante Emissionsreduktionen immer auf das absolute verfügbare Budget bezogen werden.

Zwischenziele

Der Weltklimarat IPCC hat mit seinem [Sonderbericht 1,5 Grad](#) im Oktober 2018 ein deutliches Plädoyer für die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels und die Notwendigkeit schneller und weitreichender Veränderungen veröffentlicht. Die EU-Kommission verzichtet in ihrer Strategie jedoch explizit auf die Setzung von Zwischenzielen und lässt damit offen, welche konkreten Maßnahmen zur Emissionsminderung es auf kurze oder lange Sicht in der EU braucht.

Ambitionsniveau und Fairness

Klimastrategien müssen daran gemessen werden, ob sie kompatibel mit den im Paris-Abkommen festgelegten Zielen sind. Der [IPCC-Bericht 1,5 Grad](#) zeigt jedoch, dass – will man das 1,5-Grad-Ziel ohne temporäre Überschreitung der Zieltemperatur und ohne massiven

Einsatz von Technologien für negative Emissionen erreichen – weltweit Klimaneutralität bis 2044 erreicht werden muss. Berechnet man den Beitrag der EU zu diesem Ziel auf der Basis ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer historischen Emissionen, so wie es die [UN-Klimarahmenkonvention](#) und das [Paris-Abkommen](#) fordern, müsste sich die EU laut [CAN Europe](#) auf Klimaneutralität bis spätestens 2040 festlegen. Ein entsprechendes Szenario taucht in der neuen Klima-Langfriststrategie nicht auf.

Erneuerbare Energien

In der öffentlichen Konsultation zur Strategie plädierten viele Teilnehmer*innen dafür, dass die EU-Kommission Pfade zu einer Energieversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien präsentiert. In den Szenarien der Kommission beträgt der Anteil erneuerbarer Energien jedoch zwischen 81 und 85 Prozent. Atomenergie verbleibt mit 12 bis 15 Prozent im Energiemix.

Negativemissionen

Alle Szenarien setzen auf Negativemissionen nach 2050, zum Beispiel durch den Ausbau von Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung in Kombination aus Bioenergie. Ebenfalls wird der große Bedarf an natürlichen Kohlenstoffsinken zur Speicherung von CO₂ in allen Szenarien betont – bei gleichzeitigem Anstieg des Bedarfs an Biomasse zur Energieproduktion, in manchen Szenarien um mehr als 80 Prozent bis 2050.

POSITION DER UMWELTVERBÄNDE

Umweltverbände wie [CAN Europe](#), die [Deutsche Umwelthilfe](#), der [WWF](#) und der [DNR](#) begrüßten die neue EU-Klima-Langfriststrategie und äußerten sich positiv zur frühzeitigen Veröffentlichung und Ausrichtung der Strategie auf Klimaneutralität bis 2050. Die EU hat als erste Industriegemeinschaft eine Antwort auf den Sonderbericht des Weltklimarats vorgelegt und bietet somit eine Orientierung für die Ausarbeitung ambitionierter nationaler Langfriststrategien weltweit, so der WWF. Alle vier Verbände weisen darauf hin, dass die Strategie jedoch nicht ausreicht, um den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Auf Grundlage eines fairen Beitrags der EU zum 1,5-Grad-Ziel hätte die EU-Kommission Klimaneutralität bis spätestens 2040 empfehlen müssen, Zwischenziele modellieren und eine entsprechende Empfehlung für die Anhebung des EU-2030-Ziels geben müssen, so CAN Europe. Kritisch

werden auch der Verbleib von Kohlekapazitäten im Energiesystem sowie die Notwendigkeit von Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung gesehen. Anstatt den Fokus auf frühzeitiges Handeln und ausreichende THG-Reduktion zu legen, wird auf Technologien gesetzt, bei denen zum jetzigen Zeitpunkt völlig offen ist, ob sie überhaupt verfügbar sind und für die Zielerfüllung ausreichen. Jetzt kommt es darauf an, dass eine breite gesellschaftliche Debatte über langfristigen Klimaschutz und die notwendige Transformation geführt wird. Um ihrer Vorreiterrolle gerecht zu werden, sollte die EU zum Klimagipfel des UN-Generalsekretärs im September 2019 mit einem neuen Klimaziel für 2050 und einer ambitionierten Strategie Fakten schaffen.

ERSTELLT VON:
DNR EU-Koordination
Mateja Kahmann
Tel.: +49 (0)30 678177586
E-Mail: eu-info@dnr.de
www.dnr.de/eu-koordination